

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 72 (1978)
Heft: 5

Artikel: Das politische Engagement der christlichen Kirchen. 0., Einführung ; 1., Keine Kirche ohne Politik ; 2., Die Politik der Kirche ; 3., Kein Gottesreich ohne Sozialismus

Autor: Spieler, Willy
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142732>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ten mit an den «grundlegenden Voraussetzungen für den allmählichen Uebergang zum Kommunismus».

Warum sollte ich das eigentlich nicht im Namen und im Auftrag Jesu tun?

Sicher, der Auftrag der Kirche wird mir dazu fehlen. Aber ich glaube ja nicht mehr an die Kirche, sondern nach wie vor an Jesus — den Christus Gottes.

Aber das sollte wohl einzig und allein **meine** Sache sein! Ganz **subjektiv** meine Sache! O d e r?

WILLY SPIELER

Das politische Engagement der christlichen Kirchen

O. Einführung

Die Frage, die mir gestellt ist, lautet, ob die Kirche sich nicht nur sozial, sondern auch politisch engagieren soll.

In der Tat wird das soziale Engagement der Kirche kaum bestritten. Nach einer Meinungsumfrage, die 1971 im «Strukturmodell für die katholische Kirche im Kanton Zürich» veröffentlicht wurde, bezeichneten 86 Prozent der Befragten die kirchliche Caritas als dringend bis sehr dringend. Für ein Engagement der Kirche in Politik und Presse votierten dagegen nur 26 Prozent. Diese Ergebnisse werden durch eine Reihe von weiteren Umfragen im In- und Ausland bestätigt. Die herrschende Meinung geht offensichtlich dahin, daß die Kirche sich zwar sozial, nicht aber auch politisch engagieren soll.

Entgegen dieser herrschenden Meinung, die einmal mehr die Meinung der Herrschenden, ihr Interesse am Status quo, widerspiegeln dürfte, soll der erste Teil meines Referats die These begründen, daß Kirche immer politisch ist, und zwar selbst dann, wenn sie nur sozial sein will. In einem zweiten Teil möchte ich aufzeigen, daß sich die Kirche auch tatsächlich politisch versteht, und daß vor allem die katholische Amtskirche eine recht progressive Soziallehre entwickelt hat, die sie allerdings durch ihre konservative Praxis immer wieder desavouiert. In einem abschließenden dritten Teil werde ich darlegen, wie ich mir das politische Engagement einer christlichen Kirche vorstelle.

1. Keine Kirche ohne Politik

Wenn mehr als 90 Prozent der Bevölkerung unseres Landes sich zu einer Kirche bekennen, so ist diese Zahl bereits ein Politikum. Sie macht

die Kirche zu einem Machtfaktor, der politisch auch dann ins Gewicht fallen würde, wenn die Kirche sich gar nicht politisch verstehen wollte. Die folgenden Beispiele aus verschiedenen Bereichen kirchlicher Tätigkeit mögen dartun, wie sehr die Kirche dazu «verurteilt» ist, politische Kirche zu sein.

1.1. Caritas

Als erstes Beispiel möchte ich den Bereich der kirchlichen Caritas heranziehen. Kirche nämlich, die nur sozial sein wollte, müßte eine Politik des Bestehenden betreiben, die letztlich unsozial wäre. Mit gutem Grund umfaßt der Begriff der kirchlichen «S o z i a l l e h r e» nicht nur die Ethik der zwischenmenschlichen Beziehungen, sondern auch die Ethik der Institutionen, nicht nur Gesinnungsreform, sondern auch Zuständereform. Aehnlich hat das Zweite Vatikanische Konzil den Begriff der «Caritas» um denjenigen der «Caritas politica» (Gaudium et Spes, Nr. 75. 6) erweitert. Echte Nächstenliebe kann und darf nicht ohne «Liebe durch Strukturen» auskommen.

So ist etwa der soziale Einsatz für die Strafgefangenen gewiß eine große Sache, aber er bleibt nur eine halbe Sache, wenn nichts getan wird, um die hohe Rückfallquote unter den Delinquenten zu vermindern. Humanität im Strafvollzug gibt es nicht ohne Humanisierung des Strafvollzugs, wie auch das neulich erschienene Werkheft der Fachgruppe «Gefangenenhilfe» der Caritas Schweiz zu verstehen gibt.

Ebenso ist der soziale Einsatz für die Fremdarbeiter eine große Sache, aber er bleibt nur eine halbe Sache, wenn nichts getan wird, um den Status des Fremdarbeiters, insbesondere des Saisoniers grundlegend, zum Beispiel im Sinne der «Mitenand-Initiative» zu verbessern. Noch wichtiger wäre freilich die Verwirklichung des von der Enzyklika «Pacem in Terris» hervorgehobenen Prinzips, «daß, soweit möglich, das Kapital die Arbeit suche, nicht aber die Arbeit das Kapital» (Nr. 102).

Eine große Sache ist sodann der soziale Einsatz für die Entwicklungsländer, aber er bleibt wiederum nur eine halbe Sache, wenn nichts getan wird, um zugleich die Ursachen der Unterentwicklung zu bekämpfen. Ich denke dabei vor allem an die noch immer fehlende Bereitschaft unseres Landes, der Dritten Welt die Rohstoffe besser zu bezahlen, den eigenen Markt auch ihren Fertigprodukten zu öffnen und ihr nicht mehr länger unter dem Schutz des Bankgeheimnisses Fluchtkapital zu entziehen. «Die Notwendigkeit radikaler Aenderungen in den Entwicklungsländern, in den Industriestaaten und in der internationalen Wirtschaft zu leugnen», wäre, wie der Oekumenische Rat der Kirchen schon vor zehn Jahren in Uppsala feststellte, eine Häresie.

1.2. Stellungnahmen

Daß sich die Kirchen in der Schweiz ihrer politischen Funktion bewußt sind, geht aus den Erklärungen hervor, die sie insbesondere zu Volksabstimmungen veröffentlichen. Im Falle der Fristenlösungs-Initiative hat die katholische Kirche sogar eine unmißverständliche Nein-Parole herausgegeben. In gesellschaftspolitischen Fragen scheint ihr dagegen der Mut zu ähnlicher Entschiedenheit eher abzugehen. Nur gerade bei den Ueberfremdungs-Initiativen haben die Bischöfe — wie alle etablierten Institutionen unseres Landes — eine klare Haltung eingenommen. Die Mitbestimmungs-Initiative wurde von ihnen zwar sehr wohlwollend beurteilt, die Begründung der Ja-Parole überließen sie jedoch lieber ihrer Kommission «Justitia et Pax». Zur Zivildienst-Initiative durfte lediglich das Sekretariat der Bischofskonferenz Stellung nehmen, ohne freilich für eine Parole zu werben oder auch nur Kriterien zu entwickeln, die ein Ja oder Nein wenigstens nahegelegt hätten. Zur Notwendigkeit einer neuen Eigentumsordnung an Grund und Boden war von der katholischen Kirche — im Gegensatz zum Institut für Sozialethik des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes — bislang nichts zu vernehmen.

Die Beispiele zeigen gerade auch in ihrem Gefälle an institutioneller Verbindlichkeit, daß die Kirche überaus nuancenreich Politik zu machen versteht. Selbst dort, wo sie keine Stellung bezieht, wie bei der Abstimmung über das Raumplanungsgesetz, ist ihr Verzicht auf Politik nicht ohne politische Konsequenzen. Ob sie es nun will oder nicht, relativiert sie durch ihr Schweigen die sozialetische Bedeutung einer Abstimmungsvorlage und macht damit all jenen ein gutes Gewissen, die sich allein von materiellen Interessen leiten lassen.

Daraus kann freilich das Dilemma entstehen, daß die Kirche einerseits noch mehr sprechen sollte, daß sich aber andererseits die kirchlichen Stellungnahmen umso mehr verbrauchen, je mehr sie sich häufen. Eine Kirche, die nichts sagt, sanktioniert durch ihr Schweigen das, was ist. Eine Kirche, die zuviel redet, entwertet ihr politisches Mandat bis zu dem Punkt, wo sie ebensowenig bewegt, wie wenn sie schweigen würde.

1.3. Repräsentation

Eine Institution von der Größenordnung unserer Kirchen hat ferner eine Reihe von Repräsentationsaufgaben wahrzunehmen, die alles andere als unpolitisch sind.

1973 lehnte zum Beispiel Bischof Mamie die Teilnahme am offiziellen Tag des Comptoir Suisse in Lausanne ab, weil das damals noch faschistische Portugal als Ehrengast eingeladen war. Prompt wurde er in der NZZ vom 10. September 1973 «als Stütze der Aufrührer» getadelt.

Hätte er sich dagegen anders verhalten, wäre ihm der umgekehrte Vorwurf einer «Stütze der Reaktion» sicher gewesen. Sein Verhalten mußte so oder anders zum Politikum werden. Er hatte gar nicht die Wahl, unpolitisch zu sein.

Aehnlich erging es ein Jahr zuvor Papst Paul VI., als er die Vertreter von Befreiungsbewegungen aus den afrikanischen Kolonien Portugals empfing. Sein Verhalten erschien als Affront gegenüber dem portugiesischen Regime. Er hatte jedoch nur die Wahl, entweder die Kolonialmacht oder deren Gegner zu brüskieren. Für Neutralität blieb kein Platz.

Verschlossen zeigte sich der Papst dagegen, als 1972 die Herren Strauß und Barzel im Vatikan vergeblich antichambrierten, um ein Wort gegen die Ostpolitik der Regierung Brandt-Scheel zu ergattern. Diese Weigerung war ebenso politisch, wie es eine Konzession gegenüber den beiden Unions-Politikern gewesen wäre.

Mehr Genugtuung widerfuhr Strauß, als ihm Kardinal Döpfner in einer Botschaft an die CSU-Landesversammlung von 1965 dankte «für den Mut, aus christlichem Geist zu gestalten, was notwendig ist». Eine analoge Signalwirkung hatte in den USA das Schlußgebet, das Kardinal Kroll von Philadelphia 1972 am Parteitag der Republikaner sprach. Mit dieser Geste unterstützte er den eben nominierten Präsidentschaftskandidaten Richard Nixon, der sich der katholischen Kirche durch seine Ablehnung des legalen Schwangerschaftsabbruchs und ein Projekt für die Subventionierung von Privatschulen bestens empfohlen hatte.

Wäre diese Unterstützung für Strauß und Nixon ausgeblieben, so hätte sich die Kirche deswegen noch lange nicht unpolitisch verhalten. Auch Kardinal Spellman wäre ein politischer Kirchenführer geblieben, wenn er 1966 keine Frontweihnacht in Vietnam zelebriert und Amerika nicht als «Samariter der Nationen» gepriesen, ja auf den «Sieg» seiner Truppen eingeschworen hätte.

1.4. Finanzen

Nicht zu unterschätzen ist ferner die politische Konsequenz kirchlicher Kapitalanlagen. So hat 1973 der damalige Benediktinerabt Franzoni der italienischen Kirche vorgeworfen, sie stelle sich «ganz klar als eine der kapitalistischen Kräfte dar, die sich in kapitalistischer Weise direkt in der Grundstück- und Bauspekulation» engagiere. Sie verfüge über 51 Millionen Quadratmeter Grundbesitz allein in Rom und Umgebung. Franzoni erhielt die Zustimmung des Turiner Kardinals Pellegrino, der in seiner Kirchenzeitung schrieb: «Die Verflechtung mit politischer und wirtschaftlicher Macht hindert die Kirche oft daran, mit der erforderlichen Offenheit zu reden.»

Ein anderes Beispiel kommt wieder aus den USA, wo 1972 der Nationale Kirchenrat einen Bericht publizierte, in dem zehn protestantischen Kirchen eine Aktienbeteiligung von über 200 Millionen Dollar an 29 Rüstungsunternehmen nachgewiesen wurde. Der Bericht stellt darüber hinaus fest, diese Beteiligung verleihe der Waffenproduktion eine Legitimität, die umso seltsamer anmute, als einige der betroffenen Kirchen zu den entschiedensten Gegnern des Vietnamkrieges zählten.

Politisch ist aber nicht nur die Frage, ob Kirchengelder in Waffenfabriken oder im sozialen Wohnungsbau investiert werden, sondern auch die Frage, wem die Kirche ihr Geld zuwendet. Ich erinnere an die Flut von Tinte, die darüber vergossen wurde, daß die Aktion «Brot für Brüder» 10 000 Franken für ein Flugblatt zugunsten der Waffenausfuhrverbots-Initiative verwendet hat, ganz zu schweigen von den 200 000 Dollar, die der Oekumenische Rat der Kirchen für sein Antirassismus-Programm einsetzte.

1.5. Kult

Vielleicht aber prägt uns die Kirche politisch gerade dort am meisten, wo sie sich am wenigsten politisch darstellt, nämlich in ihren sonntäglichen Riten, Gesängen und Predigten. Tatsache ist, daß sich der durchschnittliche Kirchgänger in seinem politischen Verhalten von jenen unterscheidet, die der Kirche fernbleiben. Eine Untersuchung des Kanadischen Instituts für Friedensforschung ist zu dem beunruhigenden Ergebnis gekommen, daß kirchenhörige Gläubige die größte Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt oder zu kriegerischen Auseinandersetzungen zeigen. Aus ähnlichen Studien in den USA geht hervor, daß die Neigung, in einem Krieg Atomwaffen einzusetzen, umso größer wird, je regelmäßiger die Befragten die sonntäglichen Gottesdienste besuchen.

Ansgar Friemelt und Fritz Oser führen in ihrem Buch «Den Frieden lernen» diese Aggressivität auf eine Verkündigung zurück, die scheinbar unpolitisch die Kirchgänger zum unkritischen Gehorsam gegenüber jedwelcher etablierten Autorität anhält und das falsche Bewußtsein verbreitet, daß jedes Unrecht zu bestrafen sei.

Ideologiekritisch und sozialpsychologisch zu durchleuchten wäre endlich auch einmal das Liedgut, das in unseren Gottesdiensten noch verwendet wird. «Uns Sündern hier auf Erden, in Aengsten, Kreuz und Not», wie der Refrain eines Gesangs zur katholischen Meßfeier heißt, muß der Kult zum Opium werden, insbesondere dann, wenn er sich als die einzige Form der Erlösung darstellt. Ein Kult aber, der letztlich doch nicht halten kann, was er verspricht, frustriert die Menschen und schafft damit eine weitere Ursache von Aggressionen.

Auch das konservative Wählerverhalten der meisten Kirchgänger braucht durchaus nicht immer auf eine offen politische Propaganda der Kirchenleitungen zurückzuführen sein. Wer am Sonntag Marienlieder singt, in denen er die Welt nur als «Jammertal» oder als «Tränental» erfahren kann, wird am Werktag kaum bereit sein, diese Welt nicht mehr zu beklagen, sondern zu verändern.

2. Die Politik der Kirche

Wie schon aus den bisherigen Beispielen hervorgeht, ist das, was die Kirche lehrt, oft fortschrittlicher als das, was sie tut. Wir wollen diesen Gegensatz genauer analysieren und nach seinen Ursachen fragen.

2.1. Fortschrittliche Soziallehre

Was die katholische Weltkirche zur Stellung der Arbeit, zur Weltwirtschaft und zur militärischen Landesverteidigung sagt, mag verdeutlichen, wo die kirchliche Soziallehre heute steht.

Bereits 1931 hat die Enzyklika «Quadragesimo Anno» die kapitalistische Klassengesellschaft verurteilt als eine «soziale Oberherrschaft, die sich das Eigentum wider alles Recht angeeignet und angeeignet» (Nr. 114) habe. Das Zweite Vatikanische Konzil geht noch einen Schritt weiter, indem es die Arbeit zum fundamentalen Ordnungsprinzip der Wirtschaft erklärt, denn «die menschliche Arbeit» habe «den Vorrang vor allen anderen Faktoren des wirtschaftlichen Lebens». Diese und damit auch das Eigentum seien «nur werkzeuglicher Art» (Gaudium et Spes, Nr. 67.1). Die Kapitalherrschaft müßte demnach abgelöst werden durch Formen der Arbeiterselbstverwaltung.

Eine neue Weltwirtschaftsordnung fordert sodann «Populorum Progressio», da der «freie Wettbewerb» zwischen wirtschaftlich ungleichen Nationen «nur zu oft zu einer Wirtschaftsdiktatur» (Nr. 59), ja zum «Imperialismus des internationalen Finanzkapitals» (Nr. 26) führe.

Kaum Beachtung hat sodann die Relativierung der militärischen Landesverteidigung durch die Römische Bischofssynode von 1971 gefunden. In ihrem Dokument «De justitia in mundo» werden nämlich nicht nur «alle Staaten» aufgefordert, sie «sollten die Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen anerkennen», sondern «überdies sollte die Strategie der Gewaltlosigkeit gefördert werden» (Nr. 64.2). Es muß daher klar gesagt werden: Wer sich in der Schweiz für Abrüstung und Umstellung von der militärischen auf die soziale Verteidigung einsetzt, entspricht dem Willen der Kirche weit besser, als der gängige, mit christlichen Vokabeln verbrämte Militarismus in unserem Land.

2.2. Konservative Praxis

Wer nun aber die Kirche beim Wort nimmt und sich für eine sozialistische Gesellschaft, eine neue Weltwirtschaftsordnung und eine Entmilitarisierung der Mentalitäten und Strukturen einsetzt, der muß sich nicht nur in der bürgerlichen Gesellschaft, sondern leider auch in der Kirche auf Repressionen gefaßt machen, die bis zur politischen Entlassung reichen können. Tonangebend sind hier nicht die Worte der Weltkirche, sondern die Interessen eines bürgerlichen Milieus, die Gustav Heinemann einmal auf die Kurzformel brachte: «Viel verdienen — Soldaten, die es verteidigen — und Kirchen, die beides segnen.»

Nachdem die Schweizer Bischöfe ihre Sympathie für die Mitbestimmungsinitiative bekundet hatten, wurden sie einem derartigen Druck ausgesetzt, daß zwei von ihnen es für nötig hielten, sich für diese Erklärung bei prominenten CVP-Politikern zu entschuldigen. An einer Tagung vom 11./12. September 1976 in Bad Schönbrunn hat Nationalrat Arnold Koller denn auch die Vermutung geäußert, daß «die Mehrheit der CVP-Parlamentarier aufgrund der in der Mitbestimmungsfrage gemachten Erfahrungen dazu neigt, das politische Mandat der Kirche, wenn nicht ganz zu verneinen, so doch möglichst einzuschränken». Die Linie dieser Mehrheit hat sich leider auch in den kürzlich publizierten Thesen des sogenannten «Gesprächskreises Kirche—Wirtschaft» voll und ganz durchgesetzt.

Durchgesetzt hat sich ebenfalls die Opposition gegen die prophetische Stimme Dom Helder Câmara, der auf «Wunsch» des Vatikans keine internationalen Reisen mehr unternehmen darf. Kein katholischer Christ hat wie Dom Helder sich für eine neue Weltwirtschaftsordnung eingesetzt. Die Kirche, die ihn heute im Stich läßt, womöglich den Mordplänen der brasilianischen Geheimdienste schutzlos preisgibt, desavouiert durch diese Politik sich selbst, ihre eigene Lehre vom Vorrang des Menschen gegenüber dem Profit.

Kaum hatte ferner das Schweizer Fernsehen die Falschmeldung verbreitet, die «Synode 72» befürworte die Abschaffung der Armee, ging ein Proteststurm durch die «christlichen» Gazetten, der nicht einmal dann berechtigt gewesen wäre, wenn die Synode tatsächlich so entschieden hätte. Nicht genug damit, daß die Armee tabu ist, soll auch noch die christliche Rechtfertigung der Armee tabu bleiben. Der Beschluß der Römischen Bischofssynode wird gar nicht erst zur Kenntnis genommen. Einmal mehr verdrängt das Bürgertum die Gewaltlosigkeit der Sache Christi, um dafür mit dem Namen Christi seine eigene Sache zu vertreten, wenn's sein muß mit Gewalt.

2.3. Einseitige Verkündigung

Daß diese konservative Praxis überhaupt möglich ist, geht auf eine kirchliche Verkündigung zurück, die ähnlich wie das zitierte Liedgut unserer sonntäglichen Gottesdienste die Welt «im Argen» beläßt. Das Reich Gottes, das schließlich «nicht von dieser Welt» (Joh. 18, 36) ist, erwartet uns danach erst im Jenseits. Soweit es ins Diesseits hineinragt, wird es privatisiert. Das Reich Gottes ist ja nur «inwendig in euch», wie die — falsche — Uebersetzung von Luk. 17, 21 lautet. Damit ist es auch schon entpolitisiert. Nicht auf die Strukturen kommt es an, sondern auf die Gesinnung des Einzelnen. Wir sind nun einmal alle Sünder und werden allein durch unseren Glauben, nicht aber durch unsere Politik gerechtfertigt.

3. Kein Gottesreich ohne Sozialismus

Die Kirche wäre demgegenüber schon genug politisch, wenn sie wenigstens die Botschaft vom Reich Gottes unverfälscht und unverkürzt verkündigen würde.

Das Reich Gottes ist zwar nicht von dieser Welt, aber es soll in diese Welt kommen. Verheißen ist uns nicht nur ein neuer Himmel, sondern auch eine neue Erde. Leonhard Ragaz hat unermüdlich betont, daß wir Christen nicht beten: «Nimm uns auf in Dein Reich», sondern: «Dein Reich komme.»

Wie das Wort «Reich» andeutet, ist das Reich Gottes eine öffentliche, eine politische Sache. Zahlreich sind die politischen Symbole, mit denen es beschrieben wird. Die Schrift spricht vom «neuen Jerusalem», vom «Zelt Gottes unter den Menschen» (Of. 21, 2-3), von einer «neuen Erde, in der Gerechtigkeit wohnt» (2. Petr. 3, 13), wo «kein Leid noch Geschrei noch Schmerz sein wird» (Of. 21, 4) und wo die «Schwerter zu Pflugscharen» (Micha 4, 3) umgeschmiedet werden.

Auch die Lehre von der Erbsünde dürfte nicht länger mehr zur Rechtfertigung des Bestehenden mißbraucht werden. «Als wir Sünder waren», sagt Paulus (Röm. 5, 8) im Vertrauen auf die Erlösung durch Jesus Christus. Diese Erlösung aber gibt es nicht nur von der individuellen Schuld, sondern auch von der kollektiven Sünde, die sich in den Strukturen unserer Gesellschaft niederschlägt und diese recht eigentlich zu sündhaften Strukturen macht.

Kirche, die sich dem Reich Gottes öffnet, ist daher immer schon eine politische, ja sogar sozialistische Kirche. Wie Ragaz zu sagen pflegte, darf es nicht mehr länger so sein, daß die Christen den neuen Himmel verkündigen und darob die neue Erde vergessen, während die Sozialisten die neue Erde verkündigen und darob den neuen Himmel vergessen. Es wäre in der Tat die Aufgabe der Kirche, beides zusam-

menzuführen, Reichgottes-Hoffnung und sozialistische Politik. In dem Maße, wie ihr diese Synthese gelingen würde, käme die Kirche auch als Kultgemeinschaft wieder zu sich selbst. Denn: «Liebe will ich, nicht Schlachtopfer.» (Hosea 6,6)

Hinweise auf Bücher

SHINGO SHIBATA: Alice Herz — Als Denkerin und Friedenskämpferin — Dialog und gemeinsames Handeln von Christen und Sozialisten. Verlag B. R. Grüner, Amsterdam, 178 Seiten.

Unser Freund Prof. **Shingo Shibata** (Tokio/Hiroshima) hat **Alice Herz**, die in den Jahren 1935 bis zu ihrem Tode 1965 eine hingebungsvolle, den zentralen Kämpfen unserer Zeit verpflichtete Mitarbeiterin der «Neuen Wege» war, ein ergreifendes Denkmal gesetzt.

Alice Herz kommt im Buch mit ihren mannigfaltigen Beiträgen für die «Neuen Wege» selbst zu Wort. Diesen Aufsätzen ist nichts von der gezielten Auseinandersetzung und Aktualität verloren gegangen. Sie waren und bleiben ein lebendiges Zeugnis, Ausdruck eines energischen geistigen Ringens mit Gegnern und Freunden, immer neue Versuche, wesentliche Zeitfragen in ihren geschichtlichen und aktuellen Zusammenhängen zu verstehen und zur Tiefe ihrer Problematik Stellung zu beziehen.

Dabei war ihr Einsatz immer persönlich und von einer unbedingten Hingabe beseelt. Ihr Flammentod im Protest gegen die Weltpolitik der amerikanischen Regierung, gegen das Vietnam-Verbrechen und die Zerstörung aller Ansätze zu der Aufgabe der Zeit — einem Friedeschaffen in Wahrheit und Gerechtigkeit — fand vor allem in der östlichen Welt ein gewaltiges Echo unter den Völkern.

Wenn wir ihrer Entscheidung und ihrer Tat auch mit Fragen begegnen mögen: sie starb als ein Mensch, der seine Teilnahme am Leiden der Kreatur, der Menschen und Völker zu erwahren suchte.

Shingo Shibata hat die Beiträge von Alice Herz nach inhaltlichen Gesichtspunkten geordnet. Er gibt aber auch ein chronologisches Verzeichnis. Inhaltlich sind es vier Bereiche, in denen sich das Denken und der Einsatz von Alice Herz vor allem bewegte:

- I. Prinzipien der Friedensbewegung
- II. Zeugen für ein anderes Amerika
- III. Solidarität mit Asien
- IV. Gedanken zur Zeit.

Im ersten Teil des Buches finden sich Beiträge des Herausgebers und anderer Autoren. Shingo Shibata führt in «Das Leben und Denken von Alice Herz» ein und plädiert «Für gemeinsames Handeln von Marxisten und Christen». Hayes B. Jakobs (New York) berichtet über «Das Martyrium von Alice Herz». Zwei Beiträge stammen aus Hanoi von Nguyen Dinh Thi und Phan Xuan Hat: «Ein unlösbares Feuer» und «Der Weg zur Freiheit». Weiter äußert sich Harald Werner (Genf) zum «Opfertod in Flamme aufgegangen».

Shingo Shibatas Beitrag über Alice Herz, die «Neuen Wege» und deren Haltung in jenen Zeiten sind einerseits getragen von dem Willen, der hochgeschätzten, befreundeten Kämpferin alle ihr gebührende Ehre widerfahren zu lassen, andererseits die Positionen der «Neuen Wege» im Weltgeschehen herauszustellen. Es ist besonders das Ringen um den Frieden sowie die Aus-